



**Spezialisierte Ausbildung  
für Kriminalistinnen und Kriminalisten**

**Gemeinsame Erklärung der Landesverbände Berlin, Brandenburg,  
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen  
im  
Bund Deutscher Kriminalbeamter**

## Die Situation

Die Kriminalitätsslage in ganz Europa und so auch in der Bundesrepublik Deutschland lässt eine Entspannung nicht erwarten. Das trifft auch für die in einer Sicherheitskooperation (SiKoop<sup>1</sup>) verbundenen Bundesländer im Osten Deutschlands zu. Auf längere Sicht erwarten wir eine Verschärfung der Situation. Insofern wird sich die Kriminalität in Folge gesellschaftlicher Entwicklungen strukturell stetig verändern und weiterentwickeln.

Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren zunehmend für die polizeiliche Arbeit maßgebliche gesetzliche Bestimmungen verändert oder erweitert wurden.

Dieser Prozess erfordert eine noch leistungsstärkere Polizei als bisher. Die Polizei steht hierbei insbesondere vor folgenden Herausforderungen:

- umfassende Anforderungen an die Bewältigung von Gemengelagen (Gefahrenabwehr / Strafverfolgung) durch die deutliche Erhöhung der Gefahrenlage im Zusammenhang mit Terrorismus und politisch motivierter Kriminalität jeglicher Couleur,
- eine effizientere Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen gerade mit Blick auf die Aufklärung und der Serienerkennung sowie diesbezüglich gerichtsfester Beweisführung,
- sprunghaft zunehmende Fallzahlen, Schadenssummen und Begehungsweisen im Phänomenkomplex Cybercrime,
- fortbestehende hohe Ansprüche an die in Teilen vernachlässigte Bekämpfung von Bandenkriminalität und Organisierter Kriminalität,
- vielschichtige Erfordernisse bei den Ermittlungen zu grenzüberschreitender Kriminalität und die
- umfassende Gewährleistung der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität.

Die Methoden der Straftäter werden immer spezialisierter und ausgefeilter. Faktoren wie Globalisierung, Digitalisierung oder Migrationsströme prägen die Sicherheitslage maßgeblich.

Dieser kurze Abriss zeigt, dass die Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten gewachsen sind und weiter steigen werden. Dazu gehören mehr und

---

<sup>1</sup> Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen



mehr explizite Rechtskenntnisse, Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenzen, und insbesondere noch umfassenderes Wissen um kriminologische Erkenntnisse sowie kriminalistische Mittel und Methoden.

Die gegenwärtig in vielen Bundesländern praktizierte schutzpolizeilich geprägte Einheitsausbildung wird dem nicht gerecht. Die Befürworter dieses Weges führen als Vorteil die universelle Verwendbarkeit der Absolventinnen und Absolventen an. Doch gerade dieses Argument zeigt angesichts der beschriebenen kriminalpolitischen Sachlage, dass die Qualifizierung der Studentinnen und Studenten nicht ausreichend spezialisiert ist. Die Anforderungen an eine leistungsstarke Polizei steigen stetig, so dass die Antwort nur in einer Spezialisierung liegen kann. Eine universelle Einsetzbarkeit von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nimmt billigerweise erhebliche Qualitätsverluste in Kauf.

Kriminalpolizeiliches Basiswissen wird allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vermittelt und ist auch Grundlage schutzpolizeilicher Ausbildung. Es kann jedoch nicht in der notwendigen Tiefe und im erforderlichen Umfang gelehrt werden. Die als Ersatzlösung angebotenen Weiterbildungen können ein kompaktes und wissenschaftlich geprägtes Grundstudium der Kriminalwissenschaften nicht adäquat ersetzen.

Defizitäre Ausbildung führt zu Beweismängeln und Rechtsfehlern, was zu anhaltender Kritik von Staatsanwaltschaften und Gerichten führt. Seinen Ausdruck findet das auch in steigenden Einstellungs- und rückgängigen Anklagequoten.

Ausgenommen von dieser Entwicklung ist das Land Berlin. Hier wird seit vielen Jahren erfolgreich eine spezialisierte Ausbildung für die Laufbahnzweige Schutz- und Kriminalpolizei praktiziert. Trotz der spezialisierten Ausbildung gibt es Problemlagen, die jedoch in einer besonders mangelhaften Personal- und Sachmittelausstattung liegen.

Etwa 25 % der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden in den SiKoop-Ländern im Schnitt bei der Kriminalpolizei verwendet. Der Altersdurchschnitt bei der Kriminalpolizei ist dabei im Vergleich zu den anderen Dienstzweigen wesentlich höher. Das hat zur Folge, dass die kurz- und mittelfristig anstehenden zahlreichen Pensionierungen zu einem erhöhten Bedarf an kriminalpolizeilichem Nachwuchs führen. Das Ausbleiben einer zügigen Intervention zugunsten eines spezialisierten Studiums der Kriminalwissenschaften mit dem Ziel von bundeseinheitlichen Standards und der damit verbundenen Direkteinstellung für diesen



Dienstzweig gefährden zudem den dringend erforderlichen Wissenstransfer durch erfahrene Kriminalistinnen und Kriminalisten. Bewerber wird es aktuell in fast allen SiKoop-Ländern verwehrt, sich für die Kriminalpolizei und damit für den Beruf der Kriminalistin/des Kriminalisten aktiv und gesichert zu entscheiden. Sie sind sich sehr wohl über die Unterschiede zwischen Schutz- und Kriminalpolizei bewusst und entscheiden sich in der Folge entweder für die Ausbildung in anderen Bundesländern oder für einen gänzlich anderen Beruf.

## **Schlussfolgerung und Forderung des BDK**

**Der Bund Deutscher Kriminalbeamter verfolgt als Ziel die Einführung und Etablierung einer spezialisierten Ausbildung der Kriminalpolizei.**

Deshalb fordern wir:

- **Einheitliche Standards für Studium und Fortbildung von Kriminalistinnen und Kriminalisten**

Als ersten Schritt halten wir die Einführung von einheitlichen, spezialisierten Aus- und Fortbildungsstandards in den SiKoop-Ländern für unabdingbar. Hierbei soll der Fokus auf die Intensivierung der Lehre von kriminalistischen Methoden und Mitteln als auch kriminologischen Erkenntnissen gelegt werden. Dabei dürfen die Standards für Aus- und Fortbildung, welche in Berlin bereits umgesetzt werden, nicht unterschritten werden.

- **Direkteinstieg zur Kriminalpolizei**

Der Direkteinstieg von Anwärterinnen und Anwärtern nach dem Fachhochschulstudium muss in allen SiKoop-Ländern gleichermaßen festgeschrieben werden. Junge und interessierte Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich zielgerichtet für einen Beruf in der Kriminalpolizei bewerben zu können. Dadurch wird die Attraktivität des Berufes einer Kriminalistin bzw. eines Kriminalisten erhöht.

- **Bündelung von Ressourcen an einem Standort**

Einheitliche Standards können optimal an einem gemeinsamen Aus- und Fortbildungsstandort für die SiKoop-Länder umgesetzt werden. Dies sollte durch die Etablierung eines unabhängigen, kriminalwissenschaftlichen Aus- und Fortbildungsstandortes, in dem Lehre und kriminalwissenschaftliche Forschung ein zu Hause haben soll, erfolgen.

- **Förderung der Kriminalistik als Wissenschaft**

An einem gemeinsamen Standort können die Kriminalwissenschaften in Lehre und Forschung, insbesondere die Kriminalistik „wiederbelebt“ werden. Ressourcen können effektiv eingesetzt und genutzt werden.

Hiervon unbenommen bleibt unser Wunsch, dass sich die übrigen Bundesländer außerhalb der SiKoop diesem beispielgebenden Weg anschließen. Maßgebend für diesen Weg ist aus unserer Sicht die Anerkennung des Berufsbildes Kriminalpolizei, zu dem der BDK ein umfangreiches Positionspapier vorgelegt hat. Die Kriminalpolizei muss wieder zu einer tragenden Säule der Sicherheitsarchitektur werden.

Suhl, den 8. November 2017

Der Bundesvorsitzende, die Landesvorsitzende und die Landesvorsitzenden



André Schulz  
Bundesvorsitzender



Michael Böhl  
Berlin



Peter Meißner  
Sachsen-Anhalt



Peter Guld  
Sachsen



Riccardo Nemitz  
Brandenburg



Helga Jürgens  
Thüringen